

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Verlagspreis: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

132 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend 7. Juni 1924

## Was nun?

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns zur gegenwärtigen Lage nach der Regierungsbildung geschrieben:

„Der Reichskanzler, diese Regierungsbank hätten Sie schon vor vier Wochen haben können,“ sagte im Reichstag der Sozialdemokrat Löbe bei der Aussprache über die Regierungserklärung, und wenn man gut französisch kann, dann wird man zitiieren: „Tant de bruit pour une omelette! — So viel Lärm um einen Eierkuchen!“ So viel Verhandlungen, ein so langes Hin und Her, bis man schließlich doch wieder in den alten Hasen zurückgelehrt ist, von dem aus man auf das stürmische Meer der Kabinettsneubildung hinausgefahren war. Man hätte sich dann freilich das ganze hinausfahren, außerdem die Wähler am 4. Mai sparen können, wenn im Volk wird man sich nicht ohne Grund fragen, warum dann überhaupt gewählt worden ist, da doch alles beim Alten bleibt. Das alles sind aber ganz überflüssige Rücksichte, da an dem Ergebnis gar nichts geändert wird. Viel wichtiger ist die Frage, was denn nun eigentlich werden soll.

Für die Außenpolitik hat die neu-alte Regierung eine ziemlich sichere Mehrheit, weil ja die Sozialdemokraten als eine sichere Stütze zu betrachten sind für die gegenwärtigen außenpolitischen Entschlüsse des Kabinetts. Diese haben die weitere Durchführung der Bestimmungen des Sachverständigenberichts, in dessen Ausführung die deutsche Regierung am 17. April eintrat und so weit fortgeschritten ist, daß praktisch eine Wahl zwischen „Annehmen“ oder „Ablehnen“ überhaupt gar nicht mehr in Frage kommt. Das bezieht sich ebenso auf die Umstellung der deutschen Beziehungen auf die Verwaltung durch die internationale Kommission wie auf die Durchführung der Ausgabe der Zinsrückstellungen im Betrage von 5 Milliarden Goldmark, die bereits gedruckt sind. Ebenso auf die Ausführung des Planes der neuen Goldwährungsbank. Freilich tauchen hier und da noch Bedenken auf, die dem neuen Kabinett zurücklegen will, die ersten schweren Hindernisse auf. So erfordert bekanntlich die Umstellung der Reichsbahn verfassungsändernde Gesetze nach verschiedenen Richtungen hin, nicht bloß über das Eigentum des Reichs in diesen Betrieben, sondern in allerlei beamteten Reichsbahn-Fragen usw. Dafür aber hat das Kabinett im Reichstag wahrscheinlich keine Mehrheit, da für diese Änderungen Zweidrittel-Mehrheiten notwendig sind. Es sind allerdings Bestrebungen im Gange, diesen verfassungsändernden Charakter der betreffenden Gesetze zu vermeiden, aber es ist anzunehmen, daß die scharfe Opposition, die von den Deutschnationalen angeführt wird, von den rechts- und linksradikalen Fraktionen zu erwarten ist, zu den schärfsten Mitteln der Obstruktion greifen würden, wenn derartige Versuche durch die Regierung in die Wege geleitet würden. Was aber dann geschehen soll, ist unersichtlich, und die Gerüchte über eine baldige Auflösung des Reichstages und Neuwahl sind wieder aufgetaucht. Wenn die Regierung auch kaum hoffen kann, dadurch einen ihr gewöhnlichen Reichstag zu schaffen, so gedenkt man inzwischen die einschlägigen Gesetze durch Verordnungen des Reichspräsidenten zu erlassen, wobei man das „politische Wochenfür-nehmen“, nämlich den schon reichlich abgenutzten § 48 der Reichsverfassung anzuwenden.

Braucht man also für die Außenpolitik die Unterstützung durch die sozialdemokratische Fraktion, so natürlich auch für die Innenpolitik, angesichts der über 200 Mann starken Opposition. Da ohne die Sozialdemokratie das Kabinett sofort verloren ist, wird diese Partei die Lage des Kabinetts immer innerpolitisch ausnutzen und daher von sehr erheblichem Einfluß sein. Fast amüßant ist es, daß eine der Regierungsparteien, die Deutsche Volkspartei, bekanntlich den Antrag auf Wiedereinführung des Schwarz-Weiß-Not eingebracht hat, daß ferner das Zentrum das Reichs-Tagungsgesetz erledigt wissen will usw. — alles Dinge, über die die Ansichten in den Mittelparteien und der Sozialdemokratie nicht bloß auseinandergehen, sondern sich schmerzhaft gegenübersehen.

Wenn man also die Frage: Was nun? beantworten soll, so kann es sicherlich damit geschehen, daß es im Reichstag über den Pfingstferien noch viel „lebhafter“ zugehen wird, als wir das schon jetzt erlebt haben.

## Bedingungen gegen Bedingungen

Paris, 6. Juni. Der „Temps“ betont in seinem gestrigen Leitartikel, Reichskanzler Marx habe am Mittwoch gesagt, Deutschland werde die neuen Gesetze nicht annehmen, ohne gewisse Bedingungen zu erhalten. Die deutsche Regierung wolle sich im Voraus vergewissern, daß sie Genugtuung erhalte, wenn die deutsche Regierung die Empfehlungen der Sachverständigen ausgeführt habe. Die Reichsregierung habe diese Gewissheit notwendig, um den Maßnahmen Gesetzeskraft zu geben, die zur Ausführung des Sachverständigenplanes erforderlich seien. Die Bedingungen der Entente könnten ihr diese Gewissheit unter einer Bedingung geben, wenn nämlich Deutschland tatsächlich Beweise für seinen guten Willen gebe. Was die Forderungen hinsichtlich der militärischen Befehle betreffe, so seien sie davon abhängig, daß Frankreich und England sich zuerst über die Auslegung verständigten, die sich aus dem 2. Absatz des Artikels 239 über die Dauer der Befehle des Bridentopfes von Köln ergeben.

## Große Aussprache im Reichstag

### Die Parteien zur Regierungserklärung.

Unter außerordentlich harter Beteiligung und bei überfüllten Tribünen begann die Besprechung des Regierungsprogramms, das gestern vom Reichskanzler Dr. Marx entwickelt worden war. Damit verbunden war die erste Lesung des neuen Notetats.

Eine Erklärung der drei Koalitionsparteien, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten gab zunächst der volksparteiliche Führer Scholz ab. Das Ziel der drei Parteien sei, immer die Einigung des Reichstages auf möglichst breiter Grundlage zu erreichen, zumal die schleunige Annahme des Gutachten unbedingt erforderlich gewesen sei. Das Selbsthalten an der Richtung der bisherigen auswärtigen Politik hätte sich als notwendig herausgestellt. Da von den Deutschnationalen in dieser Beziehung keine nötige Klarheit zu erlangen gewesen sei, so hätte es bei der bisherigen Koalition bleiben müssen.

Der deutschnationale Redner Graf Westarp, der nun das Wort nahm, hielt es nicht für angängig, das deutsche Volk auf Grund eines erprobten Schuldbeckennisses zu inechten. Eine Regierung, in der die Deutschnationalen die Macht hätten, hätte das auch nicht ausgesprochen. Redner wies dann jede Rücksichtnahme auf die Sozialdemokraten ab und wandte sich der gestrigen Regierungserklärung zu, die er in den großen Fragen des Tages als kraft- und kraftlos bezeichnete. Da seine Partei zwischen sich und der Sozialdemokratie einen scharfen Trennungstrieb gezogen hätte, darum hätten die Deutschnationalen auch auf die Befestigung der sozialistischen Wirtschaft in Preußen gedrungen. Während der weiteren Ausführungen kam es dann zu großen Lärmereien.

Da der Redner die Kommunisten sehr scharf angriff und auch dem Reichspräsidenten vorwarf, daß er in der Frage der Regierungsbildung nicht verfassungsgemäß gehandelt habe, das Wahlergebnis vom 4. Mai verlangt einen vollständigen Umsturz in der Gesamtpolitik. Die drei großen Parteien, die gestern hinter der Regierung gestanden haben, haben im Jahre 1919 44, im Jahre 1921 41,9, im Jahre 1924 nur noch 29,1 aller Stimmen erhalten. (Loh, Gört, hört! rechts.) Die Sozialdemokratie, der Hauptträger der großen Koalition, brachte es 1919 auf 44,2, im Jahre 1923 auf 41,6, im Jahre 1924 nur noch auf 29,9 aller Wähler. Die Aufgabe unserer Partei, die jetzt 105 Mitglieder zählt, war und ist es, den grundlegenden Umsturz herbeizuführen. Das Wahlergebnis verpflichtet uns, aber auch zu sagen, daß wir nicht allein die Führung der Geschäfte im Reich übernehmen können; bei einer Regierungsmehrheit, an der wir beteiligt sind, muß links von uns bis zum Zentrum gegangen werden. Wir sind entschlossen, alles zu tun, um zu einer Regierungsbildung zu gelangen, wo auch wir entscheidenden, unserer Stärke entsprechenden Einfluß gewinnen. Große sachliche Schwierigkeiten haben der Regierungsbildung entgegengestanden. Aber alle diese Schwierigkeiten, politische wie wirtschaftliche, sind doch letzten Endes auf den furchtbaren außenpolitischen Druck zurückzuführen, unter dem unser Volk und unser Land lebt.

Das republikanisch-demokratisch-parlamentarische System ist nicht annehmbar, uns zu betreiben. Entscheidend ist für uns die

militärische und politische Befreiung dieses deutschen Landes. Darum wollen wir an die Regierungsgewalt kommen und unser Volk zur Freiheit führen. Man hat uns wieder die Stelle der Opposition zugewiesen. Wir werden sie entschlossen und kraftvoll führen. Eine abwartende Haltung gegenüber der Regierung einzunehmen, ist uns wegen der Vorgänge bei der letzten Regierungsbildung nicht möglich.

Zum Schluß verlas Graf Westarp eine Erklärung, wonach seine Partei dem jetzigen Kabinett gegenüber das Nichtrauen aussprechen müsse.

### Reichskanzler Dr. Marx.

Der nach Graf Westarp die Rednertribüne betrat, von lärmendem Jurus der Kommunisten empfangen, führte aus:

Jede deutsche Reichsregierung wird es als eine Selbstverständlichkeit erachten, die Wahrheit über den Verlauf des Weltkrieges aufzuklären. Die im Verfallenen Vertrag erfolgte Aufhebung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, ist, wie überall bekannt, von der damaligen Regierung nur unter dem Druck übermächtiger Gewalt unterzeichnet worden. Niemand wird behaupten, daß diese erzwungene Unterzeichnung objektiven Wahrheitswert besessen hätte. Seither ist niemals von deutscher Regierungsseite eine Erklärung abgegeben worden, die anerkennt, daß der Krieg auf den Angriff Deutschlands zurückzuführen wäre.

Wiederholt ist sowohl von Dr. Stresemann wie auch von mir unter vollständiger Zustimmung der Regierungsparteien die Frage in diesem Sinne behandelt worden. Die Frage ist nicht durch leidenschaftliche Rede, sondern nur auf dem Wege nüchternen, historischer Forschung zu klären. (Starker Widerspruch bei den Nationalsozialisten und Deutschnationalen.) Zahllose Veröffentlichungen über die Entscheidung der Kriegslastfrage von 1914 haben bereits den klaren Beweis erbracht, daß das Verdikt von Versailles über die Schuldfrage vor der Tatsache der Geschichte nicht zu bestehen vermag.

Die Deutsche Regierung ist entschlossen, ihrerseits alles zu tun, was der Wahrheit vollends zum Siege verhelfen kann. Das deutsche Aktenmaterial wird in kurzer Frist restlos der Öffentlichkeit unterbreitet sein und der Regierung die Möglichkeit bieten, die Rolle, die Deutschland an der Weltpolitik der Vorkriegszeit gespielt hat, läckenlos darzustellen.

Es wird alsdann Sache unserer ehemaligen Kriegsgegner sein, in gleicher Aufrichtigkeit auch ihrerseits die Archive zu öffnen. (Große Unruhe und Gelächter bei den Nationalsozialisten, andauernder Lärm, Glode des Präsidenten.) Der gestern von mir abgegebenen Erklärung habe ich nichts hinzuzufügen. Sie ist klar und eindeutig.

Der Reichskanzler wies dann den dem Reichspräsidenten gemachten Vorwurf zurück. Es könne nicht anerkannt werden, daß es seine Pflicht gewesen wäre, die stärkste Partei mit dem Auftrag der Regierungsbildung zu betrauen. Es hätte die Sicherheit geschaffen werden müssen, daß eine unzweideutige Erklärung dem Auslande kund tut, daß an der Richtung der bisherigen Außenpolitik sich auch nicht das geringste ändern würde. Der Reichskanzler unterstrich dann, daß er den größten Wert darauf gelegt habe, Herrn Stresemann in der Regierung zu halten und lehnte es ab, auf die preussischen Verhältnisse Einfluß auszuüben. Graf Westarps Politik ist nicht geeignet, die Rheinlande zu schützen. (Beifall bei den Mittelparteien und Handclatschen im Zentrum.)

## Frankreichs Regierungskrise, Herriot gegen Millerand

Paris, 6. Juni. Der Präsident der Republik hat gestern 4 Uhr nachmittags die Verhandlungen über die Neubildung des Ministerrats begonnen. Nach der Tradition empfing er zunächst den Präsidenten des Senats Doumergues. Beim Verlassen des Elysees erklärte Doumergues den Berichterstatter, er habe dem Präsidenten der Republik den Rat erteilt, den Führer der Radikalen, Herriot, zu berufen und ihm die Kabinettsbildung zu übertragen. Um 5 Uhr empfing der Präsident der Republik den Kammerpräsidenten Painlevé, 6,30 Uhr war Herriot bei Millerand. Die Unterredung, die etwas über eine Stunde dauerte, endete ergebnislos.

Millerand äußerte, daß er sein Amt als Präsident der Republik nicht niederzulegen gedenke. Daraufhin lehnte es Herriot ab, die Ministerpräsidentenschaft zu übernehmen.

Gerichtsweise verlautet, daß sodann der Vorsitzende der radikalen Senatsfraktion, Müllers-Lacroix, zum Präsidenten der Republik berufen worden sei.

### Eine Verlängerung der Mikumverträge für die deutschen Zechen unmöglich.

Berlin, 6. Juni. Zur Blättermeldung, die Sechserkommission des Ruhrbergbaues arbeite neue Vorschläge für die Verlängerung der Mikumverträge aus, erfährt die „Zeit“ von zuverlässiger Seite, daß neue Vorschläge nicht vorliegen. Im Bergbau herrsche Uebereinstimmung darüber, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Verlängerung des Mikumvertrages für die rheinisch-westfälischen Zechen überhaupt nicht möglich sei.

### Rußlands Vorgehen

Berlin, 6. Juni. Die russische Handelsvertretung läßt durch Zirkularschreiben von Königsberg aus ihre Geschäftsfreunde auffordern, alle seit 1. März d. J. getroffenen Vereinbarungen mit Deutschland zu annullieren. Für die früheren Abschlüsse werden die Kontrahenten aufgefordert, ihre Ansprüche bis 30. Juni d. J. der Gesandtschaft in Berlin einzureichen.

### 97 Tote bei der Bukarester Katastrophe

Das Werk russischer Bolschewisten. (Eigener Fernsprechsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Bukarest, 6. Juni. Heute liegen Nachrichten vor, daß es bei dem Explosionsunglück in der vergangenen Woche 97 Tote gegeben habe, und zwar 77 Soldaten, darunter 7 Offiziere, und 20 Zivilisten. Zerstört wurden insgesamt 20 Infanterie-Munitionsdepots und 20 Artillerie-Munitionsdepots. Es wird nunmehr offiziell bekanntgegeben, daß es sich um ein bolschewistisches Attentat gehandelt hat, eine große Zahl russischer Bolschewisten ist festgenommen und ausgewiesen worden. Die Flammen bei den einzelnen Explosionen sollen bis zu 30 Meter hoch gestiegen sein.

### Wachsende Kriegsgefahr zwischen Japan und Amerika.

London, 6. Juni. Die „Times“ melden aus Newyork: Die japanische und die amerikanische Auffassung ist unvereinbar. Die Japaner haben tatsächlich die diplomatischen Beziehungen zu Amerika gebrochen. Dies sei ein Zustand, dem gewöhnlich eine Kriegserklärung folge. Die Japaner in der Union verlassen mit den abfahrenden Schiffen die Vereinigten Staaten.

Tokio, 6. Juni. Die japanische Presse veröffentlichte Beschlüsse der Handelsoperation über die Boykottierung der amerikanischen Waren in Japan. Die Hotels in Nagasaki weigerten sich, die Offiziere der amerikanischen Handelsschiffe als Gäste bei sich aufzunehmen.

London, 6. Juni. „Daily Mail“ erfährt, daß die anti-amerikanische Bewegung in Japan sich immer mehr ausbreitet. Die japanischen Aerzte erklären, sie würden frange Amerikaner nicht behandeln. Die amerikanischen Missionare erhalten Drohbriefe und die amerikanischen Waren werden boykottiert.